

# ROTER HAHN

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**AUSGABE 84**

MÄRZ 2020 (II)



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

hinter mir liegt eine verkürzte und in dieser Form bislang wohl einmalige Sitzungswoche in Berlin. Am Montag und Dienstag gab es bis tief in die Nachtstunden Telefonkonferenzen, eine Fraktionssitzung im Videochat sowie ein Hin und Her von Mails zu den sich ständig verändernden Gesetzentwürfen der Bundesregierung zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie, zu nötigen Änderungen aus Sicht der LINKEN und den zahlreichen Hinweisen, Forderungen und Vorschlägen von Wirtschafts- und Sozialverbänden, aus der Wissenschaft, der

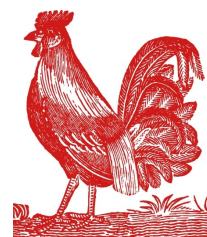
Tourismuswirtschaft, dem Sportbereich sowie von vielen einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Am Mittwoch dann eine Plenarsitzung mit vielen freien Plätzen—um den Sicherheitsabstand zu wahren—, in der in einem noch nie dagewesenen Tempo diverse Gesetze beraten und abgestimmt wurden. Insgesamt standen 45 Vorlagen zur Abstimmung. Über die von meiner Fraktion eingereichten Änderungs- und Entschließungsanträge (darunter einer zur Beendigung des bewaffneten Einsatzes der Bundeswehr in Syrien und im Irak) informiere ich auf der zweiten Seite.

Die Folgen der Coronakrise sind jetzt schon verheerend und werden vermutlich über Jahre zu spüren sein. Von daher waren diese im Eiltempo gezimmerten Gesetze mit milliardenschweren Programmen, aber auch drastischen Einschränkungen von persönlichen Freiheitsrechten, wohl nötig. Für DIE LINKE war dabei wichtig, dass diese Einschränkungen verhältnismäßig und befristet sind, dass die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft bei den Hilfsprogrammen nicht vergessen sowie dass die Demokratie und die Rechte (und Pflichten) der Parlamente nicht ausgehöhlt werden.

Jetzt ist es wichtig, solidarisch zusammen zu stehen - in der Nachbarschaft, in unserer Gesellschaft, in Europa, aber auch weltweit, denn wenn die Folgen der Krise schon hier so gravierend sind, was wird dann erst in den armen Ländern, z. B. in Afrika, passieren, deren Gesundheitswesen viel schlechter vorbereitet ist.

Als sportpolitischer Sprecher bewegt mich selbstverständlich auch die Situation im Sport. Die Verschiebung der olympischen und paralympischen Spiele war genauso notwendig wie die Absage bzw. Aussetzung aller weiteren Sportwettkämpfe von Welt- und Europameisterschaften über die Fußball-, Handball-, Volleyball-, Eishockey – und anderen Ligen bis hin zu kleinen Sportfesten in den Kommunen. Sport ist ebenso wie die Kultur ein wichtiger Teil unseres Lebens, und deshalb muss die Politik im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sowohl den zehntausenden Vereinen, aber auch unseren Spitzensportlerinnen und –sportlern solidarisch zur Seite stehen.

Wegen der Osterzeit tagt der Bundestag planmäßig erst wieder in der Woche vom 20. bis 24. 04.2020. Ob und wie diese Sitzungswoche stattfinden wird, ist ebenso offen wie die Frage, was alles in der Zeit dazwischen passieren wird. Mein Team und ich werden auch in den kommenden Wochen erreichbar sein und unseren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Bleiben Sie gesund und optimistisch, hofft  
Ihr/Euer



**TERMINE MIT  
ANDRÉ HAHN**

Fast alle im März und April geplante Termine sind inzwischen abgesagt, zumeist durch behördliche Vorgaben.

Abgesagt sind inzwischen aber auch Termine weit über den April hinaus, und momentan kann niemand sagen, wann wir wieder zur Normalität und zu planbaren Terminen und Veranstaltungen zurückkehren können.

Das Team Hahn arbeitet überwiegend von zu Hause aus weiter und ist per E-Mail sowie telefonisch erreichbar.

**Darüber hinaus bietet André Hahn zu folgenden Zeiten eine Telefonsprechstunde über die Telefonnummer 0351 5710090 an:**

**31. 03.2020, 16-18 Uhr**

**07.04.2020, 16-18 Uhr**

Wir bitten zur Koordination der Sprechstunden um Voranmeldung per Telefon: 03501-5710090 (Montag bis Freitag von 10–13 Uhr) oder per E-Mail: [andre.hahn.ma09@bundestag.de](mailto:andre.hahn.ma09@bundestag.de).

## Positionen der LINKEN im Bundestag zur Corona Pandemie

DIE LINKE hat in der Sitzung des Bundestags am 25. März 2020 dem Nachtragshaushalt über 156 Milliarden Euro sowie fast allen Gesetzen der Bundesregierung im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie zugestimmt. Dazu gehören Regelungen zum Kurzarbeitergeld, die



Hilfen für Soloselbstständige und kleine Unternehmen ebenso wie der Schutz von Mieterinnen und Mietern oder die Vermeidung von Insolvenzen von Unternehmen und Vereinen. Aber gerade in dieser besonderen Krisensituation ist es auch unsere Aufgabe darauf zu achten, dass die parlamentarische Mitbestimmung gewährleistet bleibt. Grund- und Freiheitsrechte dürfen in der jetzigen Situation nur temporär und nicht mehr als zwingend erforderlich eingeschränkt werden. Zudem sind in den Hilfspaketen viele Fragen noch nicht oder nur unzureichend geregelt.

Deshalb hat DIE LINKE zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht, die leider von der Koalition abgelehnt wurden. Dazu gehören Pandemiezuschläge von 200 Euro pro Monat auf niedrige Renten und Hartz IV-Leistungen für die Dauer der Krise. Es geht um Maßnahmen für pflegende Angehörige und Eltern, die wegen der Betreuung der Kinder nicht zur Arbeit gehen können sowie um Hilfen für Obdachlose, Asylsuchende und Flüchtlinge.

Einen wirksamen Gesundheitsschutz und mehr Geld mittels einer sofortigen Zulage in Höhe von monatlich 500 Euro fordern wir für jene Menschen, die mit ihrem Einsatz im Krankenhaus, in Apotheken, in der Pflege, an der Supermarktkasse und vielen anderen Orten unser tägliches Leben am Laufen halten. Wichtig sind ein effektiverer Schutzschirm für Unternehmen und Selbstständige, aber auch für den Kulturbereich und den Sport, das Verbot von Kündigungen für Wohn- und Gewerberäume sowie von Strom-, Gas- und Wassersperren. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 90 Prozent des Netto-Einkommens. Finanziert werden soll das auch durch eine Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre und die drastische Kürzung der Rüstungsausgaben.

Nun geht es darum, dass die Hilfen schnell bei den Betroffenen ankommen und darum, die Realisierung sowie wenn nötig auch die Nachbesserung der Gesetze zu überprüfen. Und nach Überwindung der Krise muss auch über eventuelle Fehler und Konsequenzen gesprochen werden, z.B. wie die zunehmende Profitorientierung im Gesundheitswesen oder die Abhängigkeit bei der Versorgung mit Arzneimitteln und Schutzbekleidung von Lieferungen aus China oder Indien überwunden werden können.

### Dokumentation und Links zu den Anträgen der LINKEN:

**I. Entschließungsanträge** • zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020, [Drs. 19/18153](#), • zu den Eckpunkten zur Corona-Soforthilfe für Kleinstunternehmen und Soloselbstständige, [Drs. 19/18124](#), • zu den Änderungen im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht, [Drs. 19/18142](#), • zum Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, [Drs. 19/18166](#), • zum COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz, [Drs. 19/18167](#), • zum Sozialschutz-Paket, [Drs. 19/18146](#),

**II. Änderungsanträge** • zu den Änderungen im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht, [Drs. 19/18137](#), [19/18138](#), [19/18139](#), • zum Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, [Drs. 19/18165](#)

## IN KÜRZE

\*

Die Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN zur Förderung von Sportveranstaltungen ([Drs. 19/17672](#)) durch den Bund bieten eine Reihe von interessanten Informationen, zeigen aber auch bestehende Lücken und Defizite auf.

Merkwürdig ist u.a., dass das BMI das einzige Ministerium sein soll, welches Sport(groß-)veranstaltungen fördert. Was ist zum Beispiel mit den Invictus-Games 2022 in Düsseldorf, die das Bundesverteidigungsministerium zu 100 Prozent finanzieren will? Bemerkenswert auch die Zahlen zum Umfang der einzelnen Förderungen. Waren sie (bis auf drei Ausnahmen) bis zum Jahr 2020 auf maximal 150.000 Euro beschränkt, explodieren die Zuschüsse für einzelne Sportevents ab 2021 weit über die Millionengrenze, insbesondere bei in Bayern stattfindenden Sportveranstaltungen (z.B. die Ski-WM 2021 in Oberstdorf mit 10 Millionen Euro oder die European Championships in München 2022 mit über 33 Millionen Euro). Auch vom Anspruch der Gleichberechtigung des paralympischen Sports, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, kann angesichts der vorliegenden Zahlen keine Rede sein. Es gibt also nach Auffassung von André Hahn reichlich Diskussionsbedarf zur künftigen Förderung des Sports durch den Bund.

André Hahn  
bei Facebook



### Impressum/Kontakt

**Büro Dr. André Hahn, MdB**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 75777  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:**  
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna  
Tel.: 03501 5710090  
E-Mail: [andre.hahn.ma03@bundestag.de](mailto:andre.hahn.ma03@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Meißen:**  
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

**Redaktionsschluss: 26.03.2020**  
Redaktion: André Nowak